



Bundsvorstandssitzung Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland am 19. November 2016 in Kirchheim/Teck

Um 10.30 Uhr eröffnete der Bundesvorsitzende Hermann Unterkircher im Gasthof Teckkeller in Kirchheim/Teck die Bundsvorstandssitzung. Er konnte Dipl. Ing und BuOSTvertr. Joachim Hülscher, Finanzreferent Karl Christmann; Roland Grassl, Ehrenobmann Bernhard Gartner Volkmann, Karola Unterkircher, Peter Kopetz und Gerhard Teschner begrüßen. Eine Grußbotschaft vom Bruderbund Andreas Hofer Bund Tirol, den Obmann Ing. Matuella schickte, wurde vorgelesen. Entschuldigt waren Ehrenobmann Wolfram Lindner und der Gruppenobmann der Gruppe Saar-Pfalz Frank Gauer. Nachdem die Anwesenheit überprüft und aufgeschrieben wurde, begann der Vorsitzende Hermann Unterkircher über die politische Lage in Südtirol zu berichten. Die kommende Abstimmung der italienischen Verfassungsreform, die für die Südtiroler schlechte Auswirkungen haben könnte, weil alle Gewalt dann vom Staat Italien ausgeht und das „Südtirolproblem“ dann alleinige Zuständigkeit Italiens wäre und die Autonomie in Frage gestellt werden könnte. Auch der Verlust der christlichen Werte brachte der Obmann vor, und las Orte vor, wo es wegen der großen Immigration von illegalen den Kindergärten keinen Martinsumzug mehr gäbe um diese Leute nicht zu beleidigen.

Eine schriftliche Anfrage von Herrn Werner Müller, Mitglied des AHB e.V. ob es einen Südtirolbeauftragten der BRD gäbe wurde vorgelesen. Die Antwort erteilte Joachim Hülscher an Herrn Müller, das es keine solche Person für Südtirol gäbe.

Kritik gab es auch aus den Reihen der Deligierten, über das geplante Alpinitreffen im Mai 2018 in Trient. Der Südtiroler Heimatbund wird eine Mahnwache am Militärfriedhof in Innsbruck-Amras abhalten, wo 10.501 Welschtiroler als Soldaten der österreichisch — ungarischen Armee vom 1. Weltkrieg begraben sind. Bei Aktion wird der SHB vom AHB Tirol und AHB e.V. unterstützt und die beiden Bünde bei der Mahnwache mitwirken.

Der Bundesvorsitzende gab noch einen Bericht ab über die 50 Jahrefeier am Soldatenfriedhof in Niederbronn/ Elsass ab, wo man ja den Südtiroler Schützenbund nicht haben wollte. Er berichtete auch über seine Teilnahme vom 14. Mai in Bruneck beim „Iatz“ der Selbstbestimmungskundgebung des SSB, und am 9. Okt bei der Brennerkundgebung, 12. Okt von der Landesversammlung der Südtiroler Freiheit und vom 6. November der Totengedenkfeier am Tummelplatz Friedhof in Innsbruck-Amras.

Ein kurzes Gespräch war dann über den Zustand der Gruppe Saar-Pfalz auf dem Programm, das aber dann bis auf weiteres vertagt wurde. Auch der Vorfall im September der Musikkapelle St. Gotthard aus

Oberösterreich wurde diskutiert. Die besagte Musikkapelle hat in Velden, Kärnten ein Kurkonzert gegeben und unter anderen auch den Marsch „Den Land Tirol die Treue“ gespielt. Bei der Textpassage des Marsches „ein „harter Kampf hat dich entzwei geschlagen, von dir gerissen wurde Südtirol...“ wurde laut hörbar über Mikrophon „Gott sei Dank“ gerufen, das in der Musikwelt großen Ärger hervorrief. Der Bundesvorsitzende, selbst Musikant, schickte eine geharnischte Protestnote zum Obmann der Musikkapelle. Auch die Politik hat sich zu dem Vorfall sehr verärgert geäußert. Auch las der Vorsitzende das Dankeschreiben der Familie Heel/Wolfsgruber, denen der AHB e.V. über den „Herz Jesu Notfond“ des SSB, 500 Euro übergeben hatte zum Wiederaufbau des abgebrannten Hofes im Pustertal. Auch eine Dankeskarte von Gudrun Kienesberger, Tochter von Elke und Peter Kienesberger über die Anteilnahme am Tode ihrer Mutter Elke wurde verlesen. Großes Lob wurde Herrn Andreas Kaltenmarkt ausgesprochen, für seine unentgeltliche Arbeit an der Webseite des Andreas Hofer Bund, die von ihm vorbildlich gepflegt wird. Ein „Herzliches Dankeschön“.

Zum Ende der Versammlung wurde noch beschlossen, den „Herz Jesu Notfond“ des Südtiroler Schützenbund 500 Euro zu übergeben. Über den Betrag kann der SSB dann selbst verfügen, wo er ihn einsetzen möchte.

Nach Beendigung des außerordentlich harmonischen Treffens um ca 14.00 Uhr bedankte sich der Vorsitzende bei allen Anwesenden für die aktive Mitarbeit im Bund und wünschte eine gute Heimreise.

Hermann Unterkircher, Bundesvorsitzender, Andreas Hofer Bund e. V. Deutschland

Dipl. Ing. Joachim Hülscher, Bundesvorsitzender Stellvertr. Andreas Hofer Bund e. V. Deutschland

Karl Christmann, Finanzreferent, Andreas Hofer Bund e. V. Deutschland



Rechts Paul Bacher, Kurator des „Herz Jesu Notfond“ und Hermann Unterkircher bei der Übergabe des Schecks im Büro des Südtiroler Schützenbundes in Bozen

✱

Verfassungsreform

08/15-PROVINZ, Autonomie-Exit?

Senator Karl Zeller sagt in den Dolomiten vom 6. Dezember: Rom weiß jetzt, dass die Südtiroler kein versprengter Hühnerhaufen sind. Wir stehen zusammen, wissen, was wir wollen und spielen stark mit". De facto muss in Rom der Eindruck entstanden sein, dass die Südtiroler mehr als alle anderen, eine zentralistische und minderheitenfeindliche Verfassung gutgeheißen hätten, Diesbezüglich stehen aus der Sicht Roms die Südtiroler in der Tat zusammen und wissen, was sie wollen! Schöner hätte es sich das nationalistische Italien, das bis heute danach trachtet, Südtirol zu einer 08/15-Provinz „Alto Adige“ verkommen zu lassen, nicht wünschen können! Nicht nur der Partito Democratico in Rom, auch die übrigen potentiellen Regierungskandidaten werden sich das Südtiroler Ergebnis sehr gut merken: Südtirol hat die Beschneidung der eigenen Autonomie und damit langfristig den Autonomie-Exit in Kauf genommen. Werden angesichts dieser Tatsache die Südtiroler, wie Zeller findet, wirklich in Rom stark mitspielen können? Im Gegenteil: Bei Autonomiefragen werden die SVP-Leute in Rom ausgelacht werden, da sie sich selbst ins Bein geschossen haben und kein Druckmittel mehr in der Hand haben werden!

Cristian Kollmann, Bozen Südtiroler Freiheit

✱

BürgerUnion Aktuell:

Verfassungsreferendum: Angriff auf Demokratie und Autonomie

abgewendet! Ja-Ergebnis in Südtirol Folge der massiven Lügen von Kompatscher + SVP.

"Durch das gesamtstaatliche Nein beim Verfassungsreferendum wurde ein schwerer Angriff gegen die Demokratie und gegen die Südtirol-Autonomie abgewendet", so der Landtagsabgeordnete der BürgerUnion, Andreas Pöder. "Landeshauptmann Arno Kompatscher und Landesrat und SVP-Obmann Philipp Achammer haben mit Renzi und mit der Verfassungsreform auf das falsche Pferd gesetzt und gleichzeitig die Südtiroler erfolgreich getäuscht", so Pöder. "Zum Glück ist das Verfassungsreferendum auf gesamtstaatlicher Ebene krachend gescheitert. Mit massiven Lügen haben Kompatscher und Achammer sowie die SVP die Südtiroler mit dem Ja zur Verfassungsreform getäuscht", so Pöder. "Landeshauptmann Arno Kompatscher und SVP-Obmann Philipp Achammer sollten sich für die Täuschung der Südtiroler Wähler entschuldigen."

✱

Sarntal trauert um Ogritar Christl

Am 28. November 2016 verstarb in Sarnthein Christoph Thaler, auch Ogritar Christl genannt. Der Südtiroler Heimatbund, so Obmann Roland Lang, möchte in diesem Zusammenhang an das Leid erinnern, das ihm und seiner Familie in den sechziger Jahren widerfahren ist.

Der Ogritar Christl, sein Bruder und besonders der Vater wurden in den 1960er-Jahren Opfer eines gemeinen Spitzels, der diese Bauernfamilie ins Unglück stürzte. Hans Thaler war ein unbescholtener Bauer, der seinem Beruf mit Leidenschaft nachging. Nachdem er allerdings erfahren hatte, dass am 19. Juni 1961 der 21-jährige Josef Locher von italienischen Soldaten erschossen worden war, begab er sich zur Sarner Carabinieri-Station und forderte dort Konsequenzen für diesen Mord an einen wehrlosen, jungen Sarner ein. Seitdem hatten ihn die Carabinieri im Visier.

Deutscher Spitzel führt Sarner ins Unglück

Und so kam es, dass die italienische Justiz den Spitzel Robert Henckelmann eines Tages damit beauftragte, den Bergbauer Josef Thaler und seine drei Söhne Christoph, Johann Georg und Johann aus Unterreinswald im Durnholzer-tal auszuspionieren. Obwohl sich die Familie nie etwas zuschulden hat kommen lassen, noch mit den Südtirol-Attentaten in den 60er-Jahren direkt zu tun hatte, wurden sie regelrechte Opfer des Betrügers.

Der als italienischer Geheimagent eingesetzte Robert Henckelmann aus Westfalen war zu seiner Spionagetätigkeit gedrängt worden, da ihm sonst eine Auslieferung nach Deutschland drohte, wo er offenbar vorbestraft war. So passierte es, dass der Deutsche sich im Sommer 1961 zusammen mit seiner angeblichen Frau Edith am Hof von Josef Thaler einmietete. Während seines Aufenthalts fiel der Mann jedoch hauptsächlich damit auf, wie er den Sarner mehrmals mit Fragen über seine politische Einstellung und wann es endlich soweit sei, dass auch er sich gegen die Italiener zur Wehr setzen wolle, provozierte. Er, der Bauer, müsse doch irgendwo Waffen versteckt haben.

Zehn Tage lang widerstand der Agrarbauer allen Versuchungen, dann gestand er Henckelmann, dass er doch noch ein paar alte deutsche Gewehre aus dem Zweiten Weltkrieg verborgen hatte – ein fataler Fehler, der den Sarner Bauern sehr bald bewusst werden würde. Am 11. August 1961 verschwand Henckelmann nämlich plötzlich vom Bauernhof und im Morgengrauen des 12. August 1961 donnerte es Kolbenschläge durch die Hoftür. Die Carabinieri waren angerückt, um den Bauern und seine Söhne zu holen.

Schreckliche Folter und Gewalt

Doch nicht nur für Thaler begann damit eine schreckliche Zeit: so hatte der deutsche Spitzel auch zahlreiche Durnholzer bei den

Carabinieri denunziert, die nun bei einer großangelegten Razzia verhaftet werden sollten. Was nun folgte, war eine verhängnisvolle Haft, geprägt von Folter und Gewalt durch die Carabinieri.

Gefängnisbriefe Thalers, die im Buch *Für die Heimat kein Opfer zu schwer* von Helmut Golowitsch veröffentlicht wurden, schildern die brutalen Ereignissen. Darin gab der Sarner detailliert an, wie grauhaft er ohne die Angabe von stichhaltigen Beweisen durch die Polizeibeamten misshandelt wurde. Im Brief schildert der Agrarbauer jedoch nicht nur die eigene Misshandlung, sondern auch, dass er anhören musste, wie seine eigenen Söhne im Nebenraum gefoltert wurden.

Thaler-Frau enttarnt Spitzel – Keine Wiedergutmachung für Familie

Den Provokateur Henckelmann wollten die Carabinieri wenig später auch im Bozner Gefängnis als Spitzel einsetzen. Der Plan scheiterte allerdings an der Frau des eingesperrten Sarners, die den Deutschen kurz zuvor enttarnte und ansprach, als er im Gefängniswagen vorfuhr. Damit war Henckelmans Rolle ausgespielt und die italienischen Behörden schoben ihren Judas still und heimlich in die Schweiz ab.

Die drei Thaler-Söhne Christoph, Georg und Johann wurden nach eineinhalbjähriger Untersuchungshaft am 29. Dezember 1962 schließlich aus Mangel an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Entschädigung für die Misshandlungen und die Untersuchungshaft haben sie allerdings nie erhalten. Der Vater blieb in Haft und wurde ebenso in zweiter Instanz freigesprochen. Eine Wiedergutmachung für die Familie gab es nicht.

Roland Lang, Südtiroler Heimatbund

*

Pöder: "Magnago war Hartholz und nicht Weichspüler hat an Festung Südtirol gebaut und nicht ein Bordell der Beliebigkeiten."

Zum Magnago-Vergleich der aktuellen SVP-Führung.

"Silvius Magnago war politisches Hartholz, Arno Kompatscher und Philipp Achammer sind politische Weichspüler." Mit diesen Worten kommentiert der Landtagsabgeordnete Andreas Pöder den von der aktuellen SVP-Führung bemühten Vergleich mit dem verstorbenen Altlandeshauptmann und der Aussage, dass Magnago mit der heutigen SVP-Führung seine Freude hätte.

"Der verstorbene Alt-Landeshauptmann Silvius Magnago und Politiker wie Alfons Benedikter und Peter Brugger haben an einer Festung Südtirol gebaut und nicht an einem Bordell der Beliebigkeiten wie die heutige SVP-Führung um Obmann Philipp Achammer und Landeshauptmann Arno Kompatscher", so Pöder.

"Die Regierungszeit Magnagos und Benediktors war auch gekennzeichnet durch eine Aufwertung der Arbeiter und Angestellten, den Schutz der Familien sowie Schutz der Landschaft gegenüber Lobby-Interessen. Die heutige Landesregierung macht aus Südtirol ein Freudenhaus der Lobbyinteressen (Bauernbund, Industriellenverband), ein schwieriges Pflaster für die traditionelle Familie sowie ein Schlaraffenland für Zuwanderer."

In der Frage der Südtirolpolitik wirft Pöder der SVP-Führung eine für Südtirol gefährliche Verbrüderung mit Rom vor. "Magnago und Co. waren gegenüber dem italienischen Staat zumeist in der Offensive während sich die heutige SVP-Führung Südtirol in eine Verteidigungsrolle manövriert hat, in der ein Ausbau der Autonomie oder gar eine Festigung jeden Tag aufs Neue in Gefahr ist. Der Umgang Kompatschers und Achammers mit der Staatspartei PD und der römischen Regierung ähnelt einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, während Magnago, Benedikter und Co. immer eine misstrauische Distanz gegenüber Rom wahrten", so der Abgeordnete weiter.

"Allein das Finanzabkommen Bozen-Rom hat gezeigt, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Kom-

patzcher und Achammer bereit erklärten, Südtirol für die Staatsverschuldung mitzahlen zu lassen und auf das von Magnago und Benedikter zementierte 90-Prozent-Prinzip im Rahmen der Finanzautonomie zu verzichten. Südtirol behält heute nicht mehr 90 Prozent der Steuern sondern grad mal 83 Prozent, Tendenz sinkend. Magnago hätte dem Finanzabkommen nie zugestimmt", so Pöder.

Die Fakten zum Teufelspakt Finanzabkommen:

"Das Finanzabkommen ist kein Sicherungspakt sondern ein Teufelspakt. Der Landeshaushalt kostet die Südtiroler deutlich mehr, weil die Steuereinnahmen nicht sinken sondern trotz Entlastungen steigen, aber reell können zum Schluss nur 4,88 Milliarden Euro ausgegeben werden, weil wir dem Staat durch den Finanzpakt mit Rom das Geld geben müssen, das wir ihm versprochen haben: Heuer die Volle Summe von 476 Mio. Euro + die Überschusszahlung von 129 Millionen. Insgesamt, und das werde ich nicht müde zu sagen, zahlen wir eine Milliarde zu viel in fünf Jahren. Diese Milliarde erhalten wir erst ab 2019 durch 20 Millionen-Euro-Raten in den nächsten 50 Jahren vom Staat zurück, wenn es ihn dann überhaupt noch gibt.

*

Südtiroler Heimatbund

Vor 55 Jahren starb Anton Gostner.

Der Südtiroler Heimatbund erinnert in diesen Tagen an die 55. Wiederkehr des Todes des Südtiroler Freiheitskämpfers Anton Gostner aus St. Andrä bei Brixen. Der heimatliebende Eisacktaler war an den Sprengstoffanschlägen auf Strommasten beteiligt und von den Carabinieri festgenommen und in den Militärkasernen von Brixen und Eppan schwer gefoltert, misshandelt und psychischer Gewalt durch Schläge ausgesetzt worden und starb am 7. Jänner 1962 im Gefängnis von Bozen, berichtet Obmann Roland Lang.

Obwohl er schwer herzkrank war, wurde keine Rücksicht auf seine schwache und angeschlagene Ge-

sundheit genommen. Die Mitgefangenen wie beispielsweise der Ultner Gemeindefeldarzt Josef Sullmann forderten Arzneimittel für eine kurz- bis mittelfristige Besserung des Gesundheitszustands und die Einlieferung ins Krankenhaus, doch dieser Forderung wurde aus menschenverachtenden Gründen keineswegs Folge geleistet, so der SHB.

„Als am 7. Jänner 1962 die Häftlinge im Hof des Kerkers spazieren gingen, klagte Gostner über ein beklemmendes Gefühl in der Brust und einen starken Schmerz im linken Arm. Auf der Krankenstation wurde er kurz behandelt und in die Zelle zurückgebracht. Ich konnte noch ein paar Worte mit dem Brixner sprechen, ehe es ihn nach hinten riss. Nach Luft ringend, wurde er blau im Gesicht und starb. Nach dem die Wärter den toten Freiheitskämpfer und stets fürsorglichen, fünffachen Familienvater forttrugen, blieben die drei anderen Häftlinge völlig niedergeschlagen und sprachlos zurück“, erinnert sich SHB-Ehrenobmann Sepp Mitterhofer. Nicht zu vergessen ist auch der Hungerstreik der Südtiroler Häftlinge in Bozen und Trient. Diese, eine Woche nach dem Ableben von Gostner begonnene, Aktion verlangte die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission. Doch dieser Forderung, welche auch von Südtiroler Politikern geteilt wurde, wurde auf keinen Fall stattgegeben. Als Gegenleistung der sarkastischen Art und Weise wurden einige Häftlinge nach Verona und Vicenza strafversetzt.

Lebhaft in Erinnerung blieb auch der Trauerzug von der Kirche in St. Andrä, von der die schwarze Trauerfahne wehte.

Der Sarg Gostners wurde von Schützen getragen. Brixens Bürgermeister Valerius Dejaco überreichte als Sprachrohr „einer vieltausendköpfigen, stummen Menge“, die sich aus allen Teilen Südtirols zusammengeströmt war, dem Toten den letzten Gruß der „blutenden Herzens vom ganzen Tiro-

ler Volk gesprochen wurde“, berichtet Lang.

Als heutzutage unvorstellbar könnte man die Aktion der italienischen Behörden bezeichnen. Eine Abordnung der Nordtiroler Landesregierung mit Landeshauptmann Tschiggfrey und den Landesräten Wallnöfer und Zechtl wurde letzterer am Brenner an der Weiterreise nach Brixen gehindert. Die Delegation zelebrierte dann in der Hofkirche in Innsbruck einen Gedenkgottesdienst für Gostner, so Lang.

Anton Gostner war nach dem Burggräfler Franz Höfler das zweite Opfer der polizeilichen Gewalt gegen Südtiroler, die sich gegen das System und für die Heimat einsetzten. Mögen die Taten der Freiheitskämpfer, die allzu früh ihr Leben lassen mussten, niemals vergessen und ihnen ein ehrendes Andenken gewährt werden.

Roland Lang; SHB

*

Schon wieder: Süd-Tiroler Landtag verteidigt Faschismus!

Der Süd-Tiroler Landtag hat einen Beschlussantrag der Südtiroler Freiheit gegen „faschistische Umtriebe in Süd-Tirol“ abgelehnt.

Mit dem von Bernhard Zimmerhofer erstunterzeichneten Antrag hätte u.a. der Landtag aufgefordert werden sollen, den Bozner Bürgermeister Renzo Caramaschi zu seinen Beweggründen für die Reaktivierung der römischen Wölfin und des Markuslöwen anzuhören.

Zimmerhofer zeigt sich einmal mehr ernüchtert: „Immer dann, wenn es uns um den Antifaschismus geht, öffnet sich eine breite Front, zusammengesetzt aus SVP, italienischen Parteien und Verdi-Grünen-Vörc, gegen uns.“ Der Pressesprecher Cristian Kollmann brandmarkt diese Front wörtlich als „große profaschistische Koalition“.

Diese will die Süd-Tiroler Freiheit nicht hinnehmen und hält dagegen: „Diese Faschismusrelativierer wollen uns Tag für Tag regelrecht gebetsmühlenartig die faschistischen Symbole als Teil der kollektiven Identität und als Garant

für ein friedliches Zusammenleben neu erklären! Und wenn jemand so wie wir diesen Schwindel aufdecken, werden wir als Provokateure abgetan! Dies ermuntert uns umso mehr, unseren Kampf gegen diese Pazifaschisten unbeirrt fortzusetzen!“

L.-Abg. Bernhard Zimmerhofer, Pressesprecher Cristian Kollmann, Südtiroler Freiheit

*

BürgerUnion aktuell: Die Stunde der 'Westentaschen-Mussolinis'

Die Drohgebärden italienischer Politiker in Südtirol wie zum Beispiel Vize-Landeshauptmann Christian Tommasini gegen die Südtiroler Traditionen und die Südtiroler Opposition im Rahmen der Polemik um den landesüblichen Empfang der Schützen haben einen offenbart: Die Südtiroler sollen nach Ansicht einiger italienischer Politiker und Medien in Südtirol auf ihre Traditionen und Geschichte verzichten, weil die Italiener in Südtirol selbst keine herzeigbaren Traditionen haben.

"Der Koalitionspartner der SVP in der Landesregierung, PD-Politiker Christian Tommasini hat sich danach den landesüblichen Empfang von EU Kommissionspräsident Juncker aufgeführt wie ein Westentaschen-Mussolini", "Plötzlich werden die so genannten linken Demokraten zu Ultra-Nationalisten, die in Südtirol die Italianità verteidigen müssen. Südtiroler Traditionen werden plötzlich von italienischen Politikern als Provokation empfunden, während sie gleichzeitig die faschistischen Relikte und Überbleibsel in Südtirol verteidigen. Der Südtiroler Opposition will Tommasini regelrecht den Mund verbieten. Die Italiener in Südtirol müssen sich selbst darüber im Klaren werden, welche Traditionen sie wirklich haben und welche sie leben wollen. Dass sich die Südtiroler von ihren eigenen Traditionen verabschieden, weil sich einige italienische Nationalisten davon vor den Kopf gestoßen fühlen, kommt nicht infrage. Anstatt sich aufzuführen wie ein 'Westentaschen-Mussolini' sollte Tommasini besser seine

Arbeit als Wohnbau-Landesrat erledigen".

Andreas Pöder, MdL, BürgerUnion

*

Die Umdeutung des Begriffes „Selbstbestimmungsrecht“ durch die österreichische Bundesregierung und ihrer Organe. Professor Dr. Helmut Tichy leitet seit 2007 das Völkerrechtsbüro im österreichischen Außenministerium, dessen Minister Sebastian Kurz am 24. Februar 2015 dem Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ (SHB) in einem Brief mitgeteilt hatte: „..... die Südtirol Autonomie mit ihrem hohen Maß an Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung ist eine besonders gelungene Form der Selbstbestimmung.“

Anlässlich der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Pariser Vertrag“ bestätigte Dr. Tichy vom 19.

November 2016 die Auffassung seines Ministers. Er sagte dort, die Selbstbestimmung sei durch die Autonomie erfüllt (Quelle: RAI- Tagesschau).

Wie steht es um die Menschenrechtspakte?

Dies veranlasste mich in meiner Eigenschaft als Obmann des Südtiroler Heimatbundes, Dr. Tichy am 19. November 2016 in einem Email daran zu erinnern, dass Italien am 25. Oktober 1977, mit Gesetz Nr. 881 die UNO- Menschenrechtspakte ratifiziert und damit zu geltendem staatlichem Recht erklärt hat.

Ich schrieb, dass Art. I der Pakte besagt:

Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

Tichy: Selbstbestimmung ist Autonomie

Daraufhin schrieb mir Dr. Tichy noch am gleichen Tag zurück: „ Nach österreichischer Auffassung kommt Südtirol jedenfalls das Selbstbestimmungsrecht zu, das aber nicht mit einem Sezessionsrecht verwechselt werden darf.“

Dass die Autonomie, die Form, in der Südtirol sein Selbstbestimmungsrecht ausübt, auch verteidigt werden muss, gehört zu ihrem Wesen“

Kann dann Südtirol die Inhalte der Autonomie selbst bestimmen?

Nun entspann sich noch am 19. November 2016 ein kurzer aber bemerkenswerter Email-Verkehr. Ich schrieb Dr. Tichy:

„Sie sagen, dass die „Autonomie die Form “ ist, „in der Südtirol sein Selbstbestimmungsrecht ausübt“ und dass dies „auch verteidigt werden muss“.

Wenn nun der Artikel I der UNO-Menschenrechtspakte besagt: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“, dann kann das im Sinn ihrer Ausführungen nur bedeuten, dass in Bezug auf die Autonomie die Südtiroler frei über ihren politischen Status“ und „in Freiheit“ über „ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“ entscheiden können.

Das bedeutet, dass die Südtiroler selbst festlegen können, wie im Rahmen der Autonomie der „politische Status“ und die „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“ gestaltet werden.

Das würde bedeuten, dass der Südtiroler Landtag die Inhalte der Autonomie vorgeben kann und Rom das Ergebnis in Übereinstimmung mit den UNO- Menschenrechtspakten zu akzeptieren hat. Dieser Gesichtspunkt eröffnet der Südtiroler Politik ganz neue Möglichkeiten. „Sehr geehrter Herr Professor, ich bitte Sie um Ihre geschätzte Stellungnahme hierzu! Und vor allem um Ihre Beurteilung, ob die Republik Österreich auch diese menschenrechtskonforme Vorgangsweise unterstützen würde.“

Tichy: Sie haben mich „missverstanden“ und ich will nichts mehr sagen!

Daraufhin gab es umgehend eine bemerkenswerte Antwort:

„Leider haben Sie meine Ausführungen missverstanden. Ich habe ihnen aber eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Südtirol übt sein Selbstbestimmungsrecht bereits aus, in Form weitgehender und von vielen Seiten als Vorbild gesehener Autonomie. Ihren darüber hinausgehenden Interpretationen kann ich mich nicht anschließen.

Mit freundlichen Grüßen - Helmut Tichy

Auch ich, so erklärt Roland Lang abschließend, habe diesen Worten nichts hinzuzufügen, außer dass deutlich wurde, welche tatsächliche Unterstützung Südtirol derzeit von bestimmten Leuten zu erwarten hat.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes

*

Südtiroler Heimatbund: Rechtsgutachten über das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler

Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz hatte am 3. Mai 2014 in einem Interview in der Tageszeitung „Dolomiten“ bereits behauptet, dass durch die derzeit bestehende Autonomie das Selbstbestimmungsrecht Südtirols bereits verwirklicht und damit eine erledigte Angelegenheit sei.

Der von ehemaligen politischen Häftlingen und Freiheitskämpfern gegründete „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) ist der festen Überzeugung, dass ein Minister aus eigener Machtvollkommenheit gültige Beschlüsse und Bekenntnisse des Österreichischen Nationalrates nicht durch eine persönliche Erklärung außer Kraft setzen kann. Der Nationalrat der Republik Österreich hat sich in mehreren Beschlüssen – zuletzt 1992 – ausdrücklich zu dem Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler bekannt und dieses für unverzichtbar erklärt.

Der Minister Kurz kann darüber hinaus auch den Südtirolern nicht vorschreiben, auf welche Menschenrechte sie verzichten sollen.

Deshalb hat der SHB bei dem renommierten Innsbrucker Völkerrechtsexperten Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler ein wissenschaft-

liches Gutachten zu dieser Frage in Auftrag gegeben.

Nun liegt dieses Rechtsgutachten vor und wird der Öffentlichkeit in Form einer Broschüre zugänglich gemacht.

Der Völkerrechtsexperte weist in klarer Form nach: *„Weder die Südtiroler Volksgruppe noch die Republik Österreich haben durch das Pariser Abkommen (1946) oder durch die Annahme der ‚Paketlösung‘ in der Streitbelegungs-erklärung (1992) auf das Selbstbestimmungsrecht verzichtet, sondern sich dieses ausdrücklich vorbehalten.“*

Pernthaler weist auch nach, dass auch im Rahmen der EU von einer Aufhebung der Grenzen zwischen den Landesteilen Tirols keine Rede sein kann. Er bekräftigt, dass die EU einen Verbund von Nationalstaaten darstellt und darüber hinaus auch einen „Eurozentrismus“ eingeführt hat. Bei der „Europaregion Tirol“ handelt es sich laut Pernthaler um eine „politische Minimallösung“.

Weder die europäische Integration noch die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der sogenannten „Europaregion Tirol“ können laut Pernthaler als Prozess der „Aufhebung der Staatsgrenzen“ oder der Schaffung eines „vereinigen Tirols in moderner Form“ angesprochen werden.

Pernthaler: *„Sie sind daher keine Alternative zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts für Südtirol.“*

Der Gutachter stellt klar, dass das Recht auf Selbstbestimmung nicht nur den Staatsnationen, sondern *„jedem Volk und jeder Volksgruppe“* zukommt und dass weder das „innere“ noch das „äußere Selbstbestimmungsrecht“ Südtirols durch die Autonomie aufgehoben oder verbraucht worden ist.

Pernthaler weist aber auch darauf hin, dass die Nationalstaaten nach Möglichkeit die Umsetzung des Menschenrechtes auf Selbstbestimmung zu verhindern suchen und dass das Selbstbestimmungsrecht daher in einem politischen Prozess durchgesetzt werden muss. Das Pernthaler-Gutachten ist ein

hochinteressantes Papier, welches der SHB der Öffentlichkeit übergibt, damit vor allem auch die jüngeren Generationen die Debatte um die Zukunft Südtirols neu beleben. Das Rechtsgutachten kann beim Südtiroler Heimatbund unter <http://www.suedtiroler-freiheitskampf.net/> gegen eine Spende angefordert werden.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB)

✱

Südtiroler Heimatbund zufrieden:

Gedenktafel für Freiheitskämpfer wird historisch.

Der Südtiroler Heimatbund ist erfreut und dankbar dafür, dass die Gedenktafel für Sepp Kerschbaumer und seine Mitstreiter nunmehr als historische Tafel angesehen wird und nicht mehr entfernt werden darf. Dies wurde dem SHB von der Eppaner Referentin für Friedhöfe, Frau Sonja Donat und vom Vorsitzenden des Paulsner Friedhofkomitees, Herrn Franz Scherer, nunmehr schriftlich bestätigt.

Wer ist Sepp Kerschbaumer?

Er war der Anführer der Widerstandsbewegung in Südtirol (BAS: Befreiungsausschuß Südtirol), welche Ende der fünfziger und anfangs der sechziger Jahre Anschläge verübte um die Weltöffentlichkeit auf die, durch die Unterdrückung des italienischen Staates entstandene, miserable politische, wirtschaftliche und soziale Lage in unserer Heimat aufmerksam zu machen und gleichzeitig die Selbstbestimmung für Südtirol zu fordern.

Der Höhepunkt war die bekannte Feuernacht am 1. Juni 1961, in der 47 Elektromasten in die Luft flogen. Heute erinnert im Friedhof von St. Pauls neben dem Gefallenendenkmal auch eine Gedenktafel an die oben erwähnten verstorbenen Freiheitskämpfer. Immer am 8. Dezember wird dort eine Gedenkfeier abgehalten, an der alljährlich an die 2000 Menschen teilnehmen. Schon seit der Umbettung der sterblichen Überreste von Sepp Kerschbaumer vom Friedhof in St. Pauls in den Frangarter Friedhof

sorgte sich der SHB um den Fortbestand der Gedenktafel. Inzwischen waren auf der Steinplatte auch die Namen seiner engsten Mitkämpfer Jörg Klotz, Franz Höfler, Luis Amplatz, Anton Gostner und stellvertretend für alle Nordtiroler Freiheitskämpfer Kurt Welser angebracht worden.

Nun bestätigen Frau Sonja Donat und Herr Franz Scherer in ihrem Brief an den Heimatbund: „In den derzeit geltenden (Friedhofs-) Statuten wurde der Vermerk „historische Tafel“ eigens angeführt und somit gelten diese Tafeln als geschützt.“

Außerdem gilt die Gedenktafel Sepp Kerschbaumer nicht nur als historische Tafel, sondern wird auch als Aufwertung des Friedhofes St. Pauls betrachtet. Daher wird von Seiten der Pfarrei St. Pauls bzw. des Friedhofkomitees der dortige Verbleib stets gewährleistet.“

Es ist dem Einsatz der beiden Eppaner Gemeinderäte Reinhard Gaiser und Walter Oberhauser zu verdanken, dass der Verbleib der Gedenktafel nunmehr festgeschrieben wurde. Bedanken möchte sich der SHB aber auch bei der Referentin für Friedhöfe, Frau Sonja Donat und beim Vorsitzenden des Friedhofkomitees St. Pauls, Herrn Jakob Scherer, für die gute Zusammenarbeit.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes

✱

Elke Kienesberger gestorben

Nach schwerer Krankheit verstarb im November 2016 in Nürnberg unerwartet die Witwe des ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfers Peter Kienesberger. Der Südtiroler Heimatbund spricht den Angehörigen sein tiefes Mitgefühl aus, so Obmann Roland Lang.

1950 in Nürnberg geboren, lernte sie ihren Ehemann bereits in der Jugend kennen. Gemeinsam betrieben sie seit 1975 mit dem „Buchdienst Südtirol“ in Nürnberg politische und geschichtliche Aufklärung im Südtiroler Volkstumskampf. Elke Kienesberger zählte aber auch zu jenen Frauen, die in der Folge des Südtiroler Frei-

heitskampfes einer ungewissen Zukunft entgegenblicken mussten. Während mehrmaliger Verhaftung ihres Mannes auf Drängen der italienischen Justiz, galt ihr Bangen und ihre Sorge der gemeinsamen Familie, worin sie nicht zuletzt auch vom österreichischen Bundeskanzler Kreisky persönlichen Beistand erhielt. Als Ehrenleutnant der Schützenkompanie St. Walburg im Ultental galt ihre besondere Zuneigung dem Südtiroler Schützenwesen. Trotz aller Strapazen blieben ihre Haltung und ihre Einsatzkraft um die Selbstbestimmung Südtirols bis zuletzt unbeirrt. Pfiati Elke!

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes

✱

„Südtirol ist nicht Italien“ 1000 Plakate in Rom

Der Südtiroler Heimatbund macht wieder einmal mit einer aufsehenerregenden Aktion von sich reden. Anfang November wird er in der italienischen Hauptstadt Rom 1000 Plakate mit der Aufschrift „Il Sudtirolo non Italia“ (Südtirol ist nicht Italien) anschlagen lassen. Die Aktion, die sicher nicht unbemerkt über die Bühne gehen wird, ist laut Heimatbund-Obmann Roland Lang unbedingt notwendig.

„Unsere derzeitige politische Vertretung in Rom erweckt ja bei den Italienern den Eindruck, dass wir uns mit der Zugehörigkeit zu Italien abgefunden haben und lediglich sogenannte Privilegien herauschinden wollen“, sagt Lang. Dass die Mehrheit der Südtiroler immer noch von Italien nichts wissen will und dass auch die Mehrheit der Italiener diesem Wunsch der Südtiroler nach Abspaltung von Italien positiv gegenüber steht, beweisen die vom Südtiroler Heimatbund bei seriösen Meinungsforschungsinstituten in Auftrag gegebenen Umfragen. So haben sich 2013 nur 26 % der Südtiroler für den Verbleib bei Italien ausgesprochen. 2014 haben sich bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Demetra aus Mestre 71,8 Prozent

für das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler ausgesprochen.

✱

Die Ortsnamenregelung in Südtirol verkommt zum Kuhhandel. Die historisch gewachsenen Orts- und Flurnamen Südtirols sind das Ergebnis eines Prozesses, der sich seit vorrömischer Zeit abspielt. Viele der heutigen Namen gehen auf die Besiedlung durch rätische und italische Stämme zurück und wurden später von den einwandernden Bajuwaren übernommen und in ihre deutschen Dialekte integriert. Während andere Namen von diesen aus ihrer eigenen Sprache geschaffen wurden. Auch die Ortsnamen in den ladinischsprachigen Tälern gehen zu einem großen Teil auf ältere Sprachstufen zurück und wurden im Laufe der Zeit in die heutigen Dialekte integriert.

In der Zeit vor 1918 gab es im Bereich des heutigen Südtirols zwei weitgehend geschlossene Sprachgebiete, ein deutsches und ein ladinisches. Im amtlichen Sprachgebrauch folgte man für die Ortsnamen damals dem Grundsatz der Ortsüblichkeit.

Nach jahrzehntelangem Tauziehen zwischen den Parteien und Sprachgruppen um die Ortsnamen in Südtirol, will jetzt die Sechserkommission einen Vorschlag erarbeiten, mit dem die sogenannte Toponomastik neu geregelt wird.

Dies passiert Fernab jeglicher Grundlage einer wissenschaftlichen und kulturellen Basis.

Während die Südtiroler Volkspartei SVP davon spricht, dass damit historisches Unrecht zum Gutteil wieder gut gemacht werde, kritisieren wir Freiheitlichen, dass mit dem neuen Gesetz die sogenannte Makrotoponomastik (italienischen Ortsbezeichnungen) erhalten

bleibt, sowie auch ein großer Teil der Mikrotoponomastik (Flurbezeichnungen) - immer aus der Zeit des Faschismus - bleibt. Somit sollen mit der neuen Regelung die historischen, alten Ortsbezeichnungen Eingang in die offiziellen Dokumente finden! Wir Freiheitlichen sehen dagegen einen Kniefall vor den italienischen Parteien

und dem Ministerpräsident Renzi: Bei den italienischen Ortsbezeichnungen aus der Faschistenära, handelt es sich, vielfach um erfundene Begriffe des Deutschenhasers und Nationalisten Ettore Tolomei. In Rom sowie in Bozen haben die Italiener Angst, in Sachen Toponomastik den Kürzeren zu ziehen. Daher wird die Latte zur Abschaffung tolomeischer Fantsienamen immer höher angesetzt, um die „Italianità“ in Südtirol aufrecht zu erhalten. Wie schon bekannt, muss der Landtag das vom Verfassungsgericht angefochtene Landesgesetz von 2013 abändern. Die Kommission zur Feststellung der Namen im Gebrauch muss paritätisch, sprich mit gleich vielen deutschen wie italienischen Experten besetzt sein. Doch das reicht Rom nicht mehr, um festzustellen, dass ein Name nur einsprachig (deutsch) in Gebrauch ist. Dem muss die absolute Mehrheit der Mitglieder und der Sprachgruppen zustimmen. Im Klartext heißt das, dass zwei der drei Italiener ja sagen müssen. Man kann sich wohl gut vorstellen wie der Kuhhandel ausgehen wird, nämlich zu Ungunsten der historisch gewachsenen Ortsnamen.

In Sachen Ortsnamenregelung in Südtirol darf es nach meiner Meinung, nur zwei Regelungen geben: nämlich die Abschaffung der faschistischen Ortsnamendekrete und die Einführung der Prozentlösung, die auch international anerkannt ist, oder die historische Lösung. Alles andere käme einer Geschichtsverfälschung gleich und ist für Südtirol wo drei Sprachgruppen friedlich zusammenleben sehr gefährlich!

Walter Frick, Vizeparteiobmann der Freiheitlichen

✱

Ohne grün-weiß-rot in die Ehe: Tragen der Trikolore-Schleife nicht zwingend notwendig!

Keinerlei rechtliche Folgen hat es, wenn bei einer Ziviltrauung der Standesbeamte, in der Regel der Bürgermeister, die Trikolore-Schleife im Schrank hängen lässt, darauf macht die Südtiroler Freiheit aufmerksam.

Die Trauung wird dadurch nicht ungültig, bestätigte der zuständige Landesrat Arnold Schuler auf eine schriftliche Anfrage der Abgeordneten der Süd-Tiroler Freiheit, Bernhard Zimmerhofer, Sven Knoll und Myriam Atz Tammerle.

Recherchen der Bewegung haben zudem ergeben, dass auch der Bürgermeister selbst keine rechtlichen Konsequenzen fürchten muss, wenn er auf das Tragen der Schleife verzichtet. Das Tragen der Schleife ist nicht zwingend erforderlich. Für die Süd-Tiroler Freiheit ist deshalb klar: Die grün-weiß-rote Schleife sollte zumindest für die deutschsprachigen Bürgermeister in Süd-Tirol durch die Bürgermeister-Kette ersetzt werden! Die Amtskette ist vor allem im deutschen Sprachraum verbreitet und entspricht damit viel eher den Traditionen unseres Landes als die Trikolore-Schleife. Vor diesem Hintergrund fordert die Süd-Tiroler Freiheit die Bürgermeister dazu auf, zukünftig auf die Trikolore-Schleifen bei Ziviltrauungen und anderen offiziellen Anlässen zu verzichten!

Süd-Tiroler Freiheit,

*

SVP bremst Wunsch der Ladinern nach Wiedervereinigung!

Die Süd-Tiroler Freiheit unterstützt die Forderung nach einem wiedervereinigten Ladinien. Der Landtagsabgeordnete Bernhard Zimmerhofer und der Pressesprecher Cristian Kollmann waren am 17. Juli auf dem Sellajoch bei dem Ladinertreffen dabei, um den Ladinern ihre Solidarität zu bekunden. Der Wunsch nach einem wiedervereinigten Ladinien war sowohl unter den Veranstaltern als auch unter den Teilnehmern sehr stark zu spüren. Auch in den meisten Reden wurde dies sehr deutlich.

Eine Ausnahme bildeten die Reden von Florian Mussner und Daniel Alfreider. Ein klares Bekenntnis der SVP-Vertreter zu einem geeinten Ladinien war nicht zu vernehmen. Stattdessen zog man es u. a. vor, Europa vorzuschieben, in dem die Grenzen immer weniger eine Rolle spielen würden.

Die Ladinern in Souramont, die sich 2007 zu knapp 80 Prozent für eine Wiederangliederung an Südtirol aussprachen, haben herzlich wenig von diesem angeblich grenzenlosen Europa, zumal sie so gut wie keinen Minderheitenschutz genießen!" hält die Süd-Tiroler Freiheit dagegen. Zudem gibt sie zu bedenken: „Die mangelnde politische Unterstützung der Ladinern durch die SVP ist sehr bezeichnend und eigentlich nur folgerichtig: Immer wenn es um den Wunsch nach Unabhängigkeit geht, sei es Südtirols von Rom, sei es des Souramont von Belluno, tritt die SVP auf die Bremse! Dabei hätte die SVP 70 Jahre Zeit gehabt, zumindest die Forderung der Ladinern zu erfüllen. Waren damals noch die italienischen Parteien die Bremser, so ist es heute in erster Linie die SVP selbst!"

Bernhard Zimmerhofer

*

Sportvereine verlassen das sinkende Schiff! Wann tut es die Politik?

Die vier Süd-Tiroler Serie A Eishockeyclubs, Bruneck, Gröden, Sterzing, Ritten und mit ihnen zwei Clubs aus dem Trentino, werden aller Voraussicht nach in der nächsten Saison in der Österreichischen "EBEL 2" Liga spielen. Dies wäre eine echte Revolution im Sportbereich, zumal es dann keine italienische Serie A Hockeymeisterschaft mehr geben würde. Eine Liga, die bisher oft wegen ihrer chaotischen Organisation in allen Belangen aufgefallen ist.

Dafür wird es dann eine zweite österreichische Liga (EBEL 2) mit zwölf bis 20 Mannschaften geben. „Eine solche Liga würde einem wahren Quantensprung gleich kommen, sowohl qualitätsmäßig als auch in Sachen Organisation und Marketing" betont ein hoher Sportfunktionär.

„Die Bewegung Süd-Tiroler Freiheit hat schon viele Projekte für eine Unabhängigkeit im Sportbereich auf den Weg gebracht und wir werden dieses Vorhaben mit Nachdruck weiter vorantreiben. Die Initiative der Süd-Tiroler Eishockeyvereine findet natürlich unsere volle Unterstützung, andere Vereine und Verbände sollten sich diese als Beispiel nehmen".

Bernhard Zimmerhofer, Landtagsabgeordneter der Süd-Tiroler Freiheit

*

AHB Tirol

Die Vereinszusammenkünfte finden immer am 2. Samstag im Monat, um 19:30 Uhr, im Gasthof Sailer, Adamgasse 8, in Innsbruck statt.

*

Wenn Sie Interesse an der politischen und kulturellen Lage in Südtirol haben dann setzen Sie sich bitte mit den Andreas Hofer Bund e.V. in Verbindung:

Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland, Postfach 1116; 82451 Garmisch Partenkirchen oder über E-Post: Schriftleitung-Bergfeuer@web.de, oder AHB-ev@gmx.de

*

Unterstützen Sie den Volkstumskampf unserer Landsleute im südlichen Teil Tirols und werden Sie Mitglied im Andreas Hofer Bund Deutschland e.V.

Besuchen Sie unseren Internetauftritt: www.andreas-hofer-bund.de

Redaktionsschluss für das nächste Berg-Feuer 1/2017 ist Samstag, der 15. April 2017

Impressum: Herausgeber und Verleger: Andreas-Hofer-Bund e.V., Bundesleitung, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen
Der Andreas-Hofer-Bund ist parteipolitisch neutral. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anschrift und Schriftleitung: Berg-Feuer, Hermann Unterkircher, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Fax: 08821-946 1551

E-Mail: Schriftleitung@Bergfeuer.web.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Bundesobmann Hermann Unterkircher, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen

Druck: Kopierzentrum Homburg, Talstraße 53, 66424 Homburg, Fax.: 0 68 41 / 120 006

Bankverbindung: Postbank München: IBAN: DE58 7001 0080 0054 1008 01; BIC: PBNKDEFF

Österreich: Volksbank Kufstein: IBAN: AT44 4377 0000 0017 1883; BIC: VBOEATWWKUF